

B6n-Tunnellösung bekräftigt

Trotz CDU-Antrags: Bremer Landtag will weiter an der Vorzugsvariante festhalten

SONJA NIEMANN

Die Bremische Bürgerschaft hat ihre Entscheidung für einen Verlauf der B6n unter der Flughafenlandebahn hindurch bekräftigt. Die Grünen kritisieren das Vorgehen der CDU indes scharf.

LINKS DER WESER Die Christdemokraten hatten zuvor mit ihrem Antrag „Keine Denkverbote bei der Planung der B6n“ für Diskussionen gesorgt. Während die Bremer CDU lieber eine B6n am Flughafen vorbei als gar keine Bundesstraße zwischen A281 und Kattenturm hätte, wollen die Regierungsparteien unbedingt

an der teureren Bremer Vorzugsvariante festhalten. Das Problem: Der Bund gibt der günstigeren Umfahrung den Vorzug.

„Da der Bund sich bisher nicht auf eine anwohnerfreundliche Trassenführung der B6n einlassen will, kommt dieses Projekt vorerst nicht zustande“, teilen die Grünen mit. Ihr Antrag, der darauf abzielt, dass zunächst der achtspurige Ausbau der A1 Priorität erhalten soll, bevor man sich mit der B6n befasst, ist mehrheitlich verabschiedet worden. Voraussetzung dafür ist allerdings: Das Verkehrsministerium muss mitspielen.

Der Ärger darüber, dass sich CDU-Fraktionschef Thomas Röwekamp im Juni schriftlich

an Enak Ferlemann, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesverkehrsministerium, gewandt hat, um auf die Dringlichkeit einer B6n hinzuweisen, sitzt bei den Grünen noch tief. „Im Ergebnis hat der CDU-Fraktionsvorsitzende damit die Bremer Interessen in punkte A1-Ausbau preisgegeben“, sagt der verkehrspolitische Sprecher Ralph Saxe. Die Bremer Grünen sind überzeugt, dass Röwekamps Schreiben der Grund dafür ist, dass die Maßnahmen A1-Ausbau und B6n anders im Bundesverkehrswegeplan priorisiert wurden, als Bremer Vertreter das vorher angeblich mit dem Bundesverkehrsministerium abgesprochen hatten.

Die Grünen erhoffen sich vom Ausbau der A1 insbesondere besseren Lärmschutz für die Anwohner zwischen Bremer Kreuz und Brinkum. „Denn bei einem Ausbau müssen viel strengere Lärmschutzvorgaben beachtet werden als das bei den alten Lärmschutzwänden der Fall war“, sagt Saxe. Er geht davon aus, dass sich für einige Anwohner der Lärm halbieren könnte.

Kritik übt auch die Naturschutzorganisation BUND an den Vorstößen der CDU. Martin Rode, Geschäftsführer des BUND Bremen, meint, dass die Christdemokraten damit nicht bremische, sondern niedersächsische Interessen vertreten.